

Brandenburg: Tagesmütter lehnen Kind von AfD-Anhängern ab



Von EUGEN PRINZ | Angela Merkel wird in die Geschichtsbücher als jene deutsche Kanzlerin Eingang finden, die das Land durch ihr Regierungshandeln ruiniert und die bürgerliche Gesellschaft gespalten hat.

Welche Blüten die Saat von Hass und Zwietracht inzwischen treibt, zeigt ein Fall aus Königs Wusterhausen in Brandenburg. Dort suchten die Eheleute Serena und Peter Nimmrich für ihren einjährigen Sohn eine Tagesmutter. Das Paar wurde im Internet fündig und kontaktierte zwei Frauen, die offenbar gemeinschaftlich die ihnen anvertrauen Kinder betreuen.

Bei der Anbahnung der Tagespflege eines Kindes ist es gängige Praxis, dass man sich zunächst einmal zu einem persönlichen Gespräch trifft, um sich besser kennen zu lernen.


Absage per SMS wegen politischer Gesinnung

Doch dazu kam es in diesem Fall nicht. Nach dem Erstkontakt erhielt die Familie Nimmrich eine Absage per SMS, wie die „Märkische Allgemeine Zeitung“ (MAZ) berichtet. Darin hieß es, die Tagesmütter täten sich mit einigen Facebook-Einträgen der Nimmrichs schwer. Offenbar hatten die beiden Frauen zwischenzeitlich via Facebook die politische Gesinnung des Ehepaares überprüft. Bei den beiden handelt es sich um AfD-Anhänger, Parteimitglied sind sie jedoch nicht.

„Wir sind beide politisch anders eingestellt und haben große Bauchschmerzen“, teilten die beiden Tagesmütter den von der Absage geschockten Eltern mit. Ein Kennenlernen sei daher wenig sinnvoll. *„Wir wünschen euch dennoch weiterhin viel Erfolg bei der Suche“,* hieß es zum Abschluss noch heuchlerisch.

Inzwischen hat die Familie einen Termin bei einer anderen Tagesmutter, bei der offenbar die politische Gesinnung der Eltern keine Auswirkung auf die Bereitschaft hat, deren Kleinkind zu betreuen.

Schlechte Erfahrung führt nun zur Selbstzensur

Die Nimmrichs haben inzwischen ihren Facebook-Account auf  „privat“ umgestellt, so dass künftig nur noch „Facebook Freunde“ mitlesen können.

Das Paar beteuerte jedoch gegenüber der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“, keine rassistischen oder rechtsextremen Inhalte veröffentlicht zu haben.

Die Tagesmütter wollten sich gegenüber dem Blatt zu dem Fall nicht äußern, ließen aber durchblicken, dass sie ihre SMS-Nachricht inzwischen für einen Fehler halten. Dies dürfte jedoch eher dem Medienrummel geschuldet sein, als besserer Einsicht.

Kommentar:

Tagesmutter zu sein, ist ein lukrativer Nebenerwerb und unterliegt der Aufsicht des örtlichen Jugendamtes. Voraussetzung für diese verantwortungsvolle Tätigkeit ist die fachliche und charakterliche Eignung der Bewerber. Das Vorliegen der letzteren darf im aktuellen Fall angezweifelt werden. Wer die Pflege eines Kleinkindes von der politischen Gesinnung der Eltern abhängig macht, offenbart ein Demokratieverständnis, das ihn für diese Tätigkeit schlicht und einfach disqualifiziert. Es wäre dringend angezeigt, dass das Amt für Kinder, Jugend und Familie des Landkreises Dahme-

Spreewald, das in diesem Fall zuständig sein dürfte, mit den beiden Tagesmüttern ein ernstes Gespräch führt, an dessen Ende die Entbindung von ihrer Tätigkeit stehen sollte.

Solche Vorkommnisse bedeuten für unser Land nichts Gutes. Den Facebook-Account auf „privat“ stellen zu müssen, ist nichts anderes als eine von außen aufgezwungene Einschränkung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf freie Meinungsäußerung. Wer es noch nicht gemerkt hat: Diese Regierung bringt das Kunststück fertig, bestimmte Grundrechte immer weiter einzuschränken, ohne sie antasten zu müssen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» *Twitter Account des Autors.*